

# Kampf für eine neue soziale Ordnung

Text Agnes Dransfeld



**Protestmärsche prägen derzeit chilenische Städte: Viele haben genug von der vorherrschenden sozialen und räumlichen Segregation. Unsere Autorin sortiert die Entwicklungen in die lokale Wohnungsbaupolitik ein.**

**Momentan** protestieren in Chile viele Menschen gegen das herrschende Staats- und Wirtschaftsmodell und die daraus resultierende soziale Ungleichheit. Während der Militärdiktatur Augusto Pinochets von 1973–1990 wurde in Chile ein extrem neoliberales Modell etabliert und in der Verfassung, die bis heute gilt, verankert. Die aktuelle Regierung unter dem Präsidenten und superreichen Unternehmer Sebastián Piñera hat in den vergangenen Monaten immer wieder schockierende „Lösungen“ für die Probleme und Bedürfnisse der Bürger gezeigt. Als der Transportminister nach Ankündigung der Erhöhung der Metropreise erklärte, dass die Leute einfach früher aufstehen sollten, um den günstigen Tarif vor der Rush Hour zu nutzen, kam es am Abend des 18. Oktober schließlich in der Hauptstadt Santiago zu Protesten und Ausschreitungen mit erheblichen Schäden an mehreren Metrostationen und anderen Gebäuden.

Schnell war klar: Die Wut richtete sich nicht allein gegen die Metro, sondern gegen alle Ein-

richtungen, die die Bewohner Chiles ungerecht oder ungerechtfertigt finanziell belasten: Stromanbieter, das privatisierte Rentensystem, Banken, private Krankenversicherungen und große Retailketten. Am nächsten Tag weiteten sich die Proteste und Unruhen auf das ganze Land aus. Vor allem in den regionalen Hauptstädten brannten in der folgenden Nacht Straßenbarrikaden, viele öffentliche Gebäude und Unternehmensfilialen wurden beschädigt und Supermärkte geplündert. Seitdem gibt es in ganz Chile täglich Protestmärsche, Bürgerversammlungen, kulturelle Veranstaltungen und Aktionen, aber auch Zerstörung und Plünderungen. Dagegen gehen Polizei und Militär mit zum Teil großer Gewalt vor und schrecken dabei nicht vor Menschenrechtsverletzungen zurück. Bisher sind fünf von staatlichen Sicherheitskräften verursachte Todesfälle bekannt, über 170 Klagen wegen Folter, über 1900 Verletzte durch Polizei und Militär und mehr als 600 verhaftete Kinder und Jugendliche. Trotzdem gehen die Proteste weiter; „Chile despertó“ –

„Chile ist aufgewacht“ ist der Slogan, und die Bevölkerung will nicht ruhen, bis im Land ein gerechteres System mit menschenwürdiger sozialer Absicherung entsteht und dies in einer neuen Verfassung verankert wird.

Eines der sichtbarsten Symptome der jahrzehntelangen, weniger am Profit und Wohlergehen orientierten, neoliberalen Politik ist die urbane Segregation. Besonders in Santiago, aber auch in vielen Regionen leben Arm und Reich räumlich voneinander getrennt, bedingt durch eine darauf angelegte Stadtplanung und Sozialwohnungspolitik. In Chile gibt es seit 113 Jahren sozialen Wohnungsbau, durch die arme Familien eine legale und sichere Wohnung bekommen. Doch die Sozialwohnungsbauprogramme haben sich im Laufe der Jahre verändert, basierend auf dem Prinzip des Eigentums seit den 1930er Jahren: Die Sozialwohnung wird als Eigentum an eine Familie übergeben. Dadurch bekommt eine vormals sehr arme Familie plötzlich einen Besitz, der sie kreditfähig macht. Für einige Familien

war das tatsächlich ein Weg aus der Armut, aber sehr viele sind dadurch nur in eine Schuldenspirale geraten, in der heute rund 75 Prozent der Chilenen stecken. Viele Familien warten Jahre oder Jahrzehnte auf ihre Sozialwohnung und leben solange entweder in „Campamento“ genannten Elendssiedlungen oder zusammengedrängt im Haus oder in der Wohnung Angehöriger. Trotzdem ist der Sozialwohnungsbau die einzig wirksame Sozialpolitik in Chile, da es keine Sozialhilfe gibt.

Unter Diktator Pinochet wurde die Sozialwohnungspolitik gezielt dazu genutzt, ganze Campamentos mit ihren armen Familien aus den wohlhabenderen Stadtteilen zu entfernen (Bauwelt 3.2015). Der Staat gab vor, wo die Sozialsiedlungen gebaut und welche Campamentos aufgelöst werden sollten. Die Familien mussten sich dem beugen. Zurück in der Demokratie gab es diesen Zwang nicht mehr, jedoch wollte die Regierung in den 90er Jahren schnell und effizient die sehr hohe Armut im Land bekämpfen. Dies führte zu Megaprojekten in der Peripherie, wo die Grundstückspreise günstig und große Flächen verfügbar waren. Wer die Chance auf ein Eigenheim und damit hoffentlich auf eine bessere Zukunft haben wollte, nahm das Angebot an. Die Familien in diesen zum Teil mehrere Tausend Wohneinheiten umfassenden Projekten kannten sich nicht, sondern wurden nach verschiedenen Kriterien ausgewählt und in die Siedlungen einsortiert.

Die Projekte bieten zwar Wohnraum, der Zugang zu Bildung, Gesundheit, öffentlichem Verkehr, Grünflächen oder gar kulturellem Angebot wurde nicht oder kaum berücksichtigt. Die Isolation dieser Wohngegenden begünstigten Kriminalität. Oft nistete sich Drogenhandel in diesen Stadtteilen ein und übernahm ihre Kontrolle.

Unter denen, die derzeit protestieren sind vor allem junge Bewohner dieser Siedlungen, denn das Versprechen einer besseren Zukunft wurde für sie nicht wahr. Aber es protestieren auch viele, die nicht betroffen sind, da sie sich ein gerechteres Land wünschen mit Städten ohne marginalisierten Sozialvierteln und Elendssiedlungen.

Die Fotos zeigen die Campamento (Elendssiedlung) Lautaro in der 151.000 Einwohner großen Stadt Copiapó. Die Bewohner warten seit Jahrzehnten auf eine legale Wohnlösung. Fotos: Ricardo Cossio Maggi

8.–13. 3. 2020

Frankfurt am Main

20  
JAHRE

light+building

Technik, die verbindet.

Smart Urban, Konnektivität und einfache Prozesse. Machen Sie Gebäude fit mit intelligenten Infrastrukturen und zukunftsweisendem Energiemanagement. Die Hersteller auf der Light + Building bringen Sie auf den aktuellen Stand.

Connecting. Pioneering. Fascinating.

